

NINA  
REHFELD

SARAH  
LEONARD

ALBERT  
SCHARENBERG

DIETMAR  
SOUS

THOMAS  
GREVEN

RAINER  
BALCEROWIAK



ESSAYS ZUR GEGENWART POLITIK | ÖKONOMIE | KULTUR

NR. 2 | HERBST/WINTER 2020 | KOSTENLOS | NUR DIGITAL

[WWW.GRENZGAENGERIN.EU](http://WWW.GRENZGAENGERIN.EU)





# MUT ZUM KONFLIKT

von Franziska Wiethold

**Z**ur Bewältigung der Klimakrise wird allerorten ein ›Green New Deal‹ gefordert oder - wie von der EU-Kommission - sogar angekündigt. Viele linke Strömungen (z.B. innerhalb der US-Demokraten oder der ›Fridays for Future‹-Bewegung) knüpfen bewusst an die Konfliktbereitschaft und Aufbruchsstimmung des rooseveltschen ›New Deal‹ an. Andere nutzen ihn eher als »Werbebanner« (Lehndorff). Marktliberale Kreise, aber auch manche Grüne, versprechen, Ökonomie und Ökologie scheinbar kon-

fliktfrei zu versöhnen. Manche Linke wiederum halten die Vorstellung, ein ›Green New Deal‹ könne das Klima auch ohne Überwindung des Kapitalismus retten, für eine Illusion. Es ist also Zeit, anstelle dieser »Werbebanner« präzise zu analysieren, was wir vom damaligen ›New Deal‹ für heute lernen können. Dies hat Steffen Lehndorff, Kölner Sozialforscher vom Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Uni Duisburg-Essen, mit seinem Buch überzeugend getan. Bereits im Titel ›New Deal heißt Mut zum Kon-

Steffen Lehndorff, **NEW DEAL HEISST MUT ZUM KONFLIKT** - was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können, VSA, Hamburg

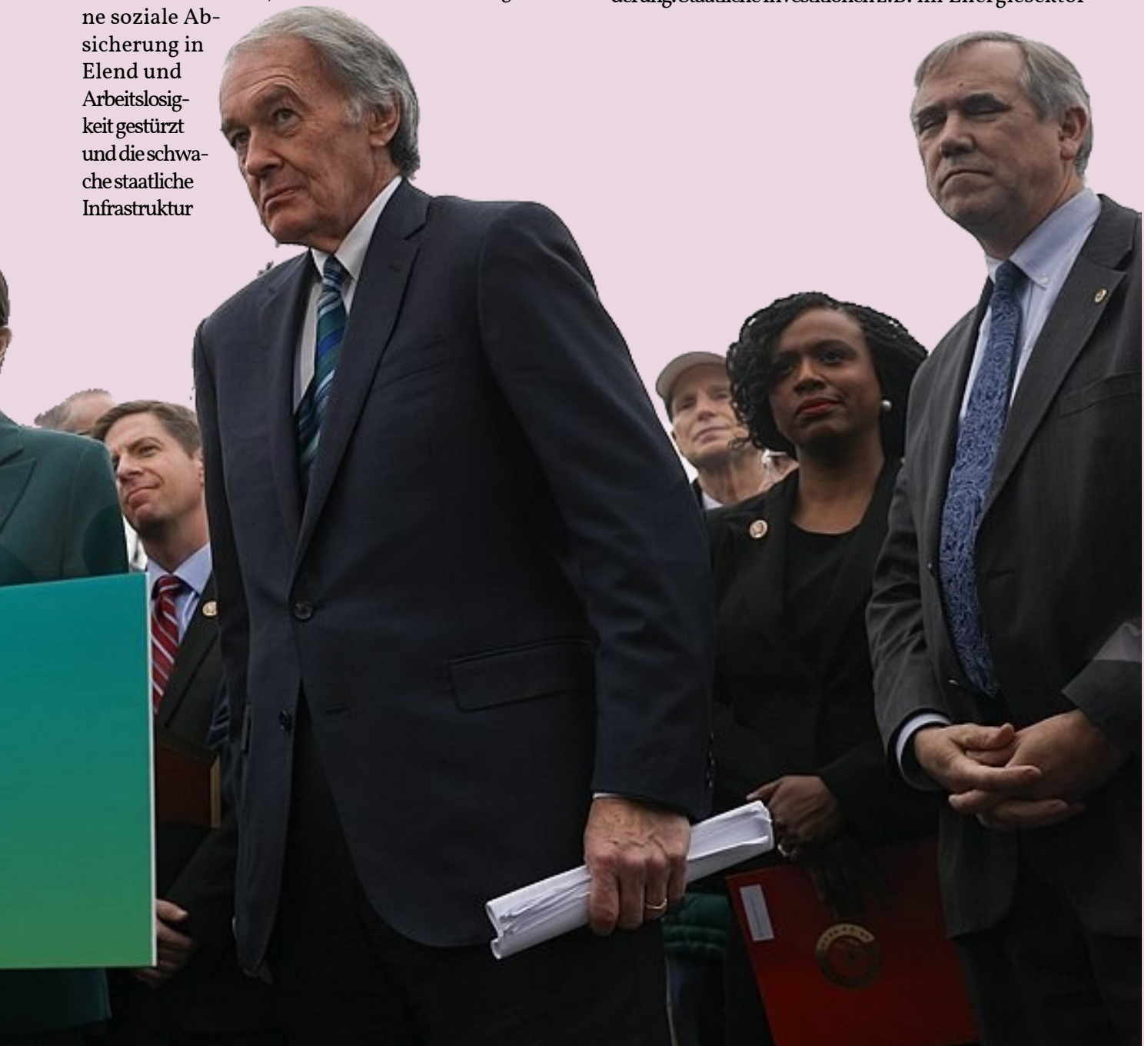


flikt« kündigt er sein Hauptergebnis an: Auf eine quasi harmonische Versöhnung von Ökonomie und Ökologie kann angesichts der Kapitalmacht niemand setzen. Eine ökologische Wende erfordert hingegen, Kapitalmacht durch harte Auseinandersetzungen einzuschränken. Das wiederum erfordert eine Kombination von starker Führung mit klaren Zielen und breiter gesellschaftlicher Bewegung. Da sie Neuland betritt, erfordert sie auch den Mut zu Experimenten und zu Korrekturen.

### **Was hat der ›New Deal‹ zwischen 1933 und 1938 verändert?**

Roosevelt gewann 1932 in einem Land die Präsidentschaft, in dem nach der Weltwirtschaftskrise Millionen Arbeiter, Bauern und Selbständige ohne soziale Absicherung in Elend und Arbeitslosigkeit gestürzt und die schwache staatliche Infrastruktur

noch weiter verschlechtert worden war. Das Land wurde von einer oligopolistischen Industrie- und Finanzkapital-Elite beherrscht und die noch Beschäftigten waren mangels gewerkschaftlicher Macht und sozialer Schutzgesetze der Kapitalmacht weitgehend schutzlos ausgeliefert. Die herrschenden Kapitaleliten waren zwar moralisch delegitimiert, aber das Gefühl der Machtlosigkeit führte bei Vielen zu Resignation und Verzweiflung, was auch eine rechtspopulistische Bewegung erstarken ließ. Die Regierung Roosevelt brach mit dieser Spirale von Elend und Machtlosigkeit. Sie brachte ab 1933 ein Wiederaufbauprogramm in Gang, das bis 1938 die Lage eines Drittels der Bevölkerung unmittelbar verbesserte. Über sechs Millionen bisher Arbeitslose fanden Arbeit in staatlichen Beschäftigungsprogrammen (Bau von Schulen, Grünflächen usw.) oder in der Kulturförderung. Staatliche Investitionen z.B. im Energiesektor





schaffen Menschen erstmals Zugang zu bezahlbarem Strom. Erstmals wurden soziale Mindeststandards und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation durchgesetzt. Überdies wurde eine Renten- und Arbeitslosenversicherung geschaffen. Allerdings scheiterte die Regierung bei der Einführung einer Krankenversicherung. Die Banken und die Börse wurden reguliert, die Steuern für hohe Einkommen und Unternehmensgewinne deutlich erhöht.

**D**iese Maßnahmen beruhten nicht auf einem vorher konzipierten und durchdeklinierten ›Masterplan‹. Lehdorff beschreibt, dass die Roosevelt-Regierung sich zwar klare Ziele gesetzt hatte, die Wege dahin aber zunächst offen blieben. Roosevelt ließ in seiner Regierung bewusst unterschiedliche Positionen austragen. Das ›New‹ in der Bezeichnung ›New Deal‹ stand für einen demokratischen Suchprozess mit einer Beteiligung, auch und gerade der ›forgotten men‹, um Eigeninitiative an die Stelle der bisherigen Resignation zu setzen und um Gegenmacht gegen die Wirtschaftseliten aufzubauen. Roosevelt als Oberschichts-Abkömmling und ehemaliger Wallstreet-Anwalt wusste, auf welche Konflikte er sich einließ.

Diese Kombination von klaren Zielen und Suchprozessen beschreibt Lehdorff an mehreren Politikfeldern. Hier seien nur drei herausgegriffen.

### **Soziale Schutzrechte: vom Korporatismus zur gesetzlichen Einschränkung der Kapitalmacht und zur Stärkung der Gewerkschaften**

Die Regierung Roosevelt wollte die wirtschaftliche Depression u.a. durch staatliche Beschäfti-

gungs- und Sozialhilfeprogramme, durch soziale Mindeststandards und die Festlegung von Mindestpreisen überwinden. Branchen und Unternehmen wurden verpflichtet, sich in tripartistischen Bündnissen (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Verbraucherverbände) auf Mindestpreise, Mindestlöhne usw. zu verständigen (National Recovery Administration - NRA). Dafür schuf die Regierung sogar ein patriotisches Symbol - den ›Blue Eagle‹, der auf Geschäften und Betriebstoren prangen sollte. Der ›New Deal‹ wollte zunächst nicht mit staatlicher Regulierung, sondern mit einer »Philosophie der Koordination und Kontrolle« arbeiten. Dieser Versuch scheiterte am Widerstand der Arbeitgeber gegen jegliche Regulierung und an ihrer Gewerkschaftsfeindlichkeit. Zudem erklärte der Oberste Gerichtshof das NRA-Gesetz für verfassungswidrig. Die Auseinandersetzung um den NRA hatte aber eine eigene Dynamik in Gang gesetzt. Die Beschäftigten sahen sich durch den staatlich legitimierten Anspruch auf Schutz und Teilhabe ermutigt, sich zu organisieren und zu wehren. Eine Welle von Streiks endete häufig in blutigen Auseinandersetzungen und auch kurzfristigen Niederlagen. Aber die Gewerkschaften wurden stärker und veränderten sich fundamental. Die traditionellen Gewerkschaften, die nach dem Berufsprinzip nur Facharbeiter organisierten, hatten zunächst staatlichen Eingriffen und dem ›New Deal‹ misstraut. Durch die Bewegung für allgemeine Arbeiterrechte bildete sich aber eine neue Basis mit konfliktbereiten Branchengewerkschaften, die Roosevelts Politik unterstützten. Nachdem er erkannt hatte, dass seine Idee der Selbstregulierung durch die Industrie gescheitert war, konnten sich die Kräfte in der Regierung durchsetzen, die für harte staat-

liche Regulierung und für die Ermächtigung der Gewerkschaften waren. Von 1935 bis 1938 wurden per Gesetz das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung und Kollektivverhandlungen garantiert, unfaire Beschäftigungspraktiken verboten, ein Mindestlohn, die 40-Stunden-Woche und Sozialversicherungssysteme eingeführt.

An diesem Beispiel zeigt Lehdorff, welche Dynamik der ›New Deal‹ in Gang setzte: Die ursprüngliche Absicht der Regierung, über korporatistische Bündnisse Arbeiterrechte zu stärken, scheiterte zwar. Das Ziel stärkte jedoch den Anspruch der abhängig Beschäftigten auf allgemeine Teilhabe über Berufs- und Branchengrenzen hinweg. Durch die Blockade der Kapitaleseite gegen eine Einbeziehung der Gewerkschaften entwickelte sich deshalb eine Gegenbewegung, durch die die Regierung ihren Kurs korrigierte und die Kapitalmacht härter beschränkte als ursprünglich beabsichtigt. Dieser Lernprozess war nur durch das Zusammenspiel von starker Regierung und Gegenmacht-Bewegung möglich.

### **Die Graswurzel-Bewegung**

Als Roosevelt sich 1936 zur Wiederwahl stellte, hatte sich eine breite Front an Gegnern formiert. Die Kapitalvertreter waren anfänglich dem ›New Deal‹ gegenüber gespalten, denn einem Wirtschaftsaufschwung durch Investitionen und einem Ende der Preiskonkurrenz konnten Einige etwas abgewinnen. Als aber gleichzeitig ihre Macht eingeschränkt werden sollte, bildet sich eine fast geschlossene Front gegen diesen »Verräter seiner Klasse« (S.65). Konservative rückten Roosevelt mit seiner Stärkung des Zentral-

staates und staatlicher Investitionen, sowie der Förderung der Kultur und sozialer Schutzgesetze, in die Nähe von ›Kommunisten‹. Nebenbei: linken Gruppierungen außerhalb der Demokratischen Partei war er ebenfalls wegen seiner Herkunft mehr als suspekt (S. 65f). Roosevelt konterte in einer berühmten Rede: »Wir wissen jetzt, dass die Regierung durch das organisierte Geld genauso gefährlich ist wie die Regierung durch das organisierte Verbrechen. Niemals zuvor [...] waren diese Kräfte so vereint gegen einen Kandidaten [...] Sie sind sich einig in ihrem Hass auf mich - und ich begrüße ihren Hass« (S. 73). Lehdorff betont, dass wir Kinder eines — wenn auch geschwächten — europäischen Wohlfahrtsstaates kaum nachvollziehen können, wie sehr der ›New Deal‹ mit der US-amerikanischen Idee von Freiheit = Staatsferne, individuellem Aufstieg und ungehindertem kapitalistischen Markt durch seine Sozialgesetze, Stärkung kollektiver Verhandlungen und staatliche Investitionen brach.

**G**egen die Front der rooseveltschen Gegner formierte sich eine bis dato einmalige ›Graswurzel-Bewegung‹ für Roosevelt, die Gruppierungen unterschiedlichster Richtungen umfasste. Denn die USA waren nicht nur entlang der Klassenlinien gespalten, sondern ähnlich tief in der Rassenfrage, nach ethnischer und religiöser Zugehörigkeit, nach kulturellen Leitbildern, in der Geschlechterfrage usw. Die Wahlen brachten Roosevelt einen Erdrutschsieg. Für die Breite dieser Gegenbewegung wurde allerdings auch ein Preis bezahlt. Heute kritisieren Viele, dass der ›New Deal‹ die Rassenfrage nicht explizit

aufgriff. Zwar kamen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und der Wohnungsnot auch und gerade Schwarzen zugute und wichtige Regierungsfunktionen wurden erstmals mit Afro-Amerikanern besetzt - sie wählten 1936 deshalb auch überwiegend Roosevelt. Aber für weitergehende Ziele hätten u.a. die rassistischen Strukturen der Demokratischen Partei in den Südstaaten aufgebrochen werden müssen und daran scheiterte Roosevelt. Seine Regierung verzichtete mangels politischer Basis darauf, die in den Südstaaten nach wie vor bestehenden Rassengesetze explizit anzugreifen (S.23 und 78). Diese mangelnde Basis spiegelte sich auch in Teilen der Graswurzel-Bewegung wider. Hier zeigte sich die generelle Ambivalenz solcher Bewegungen: je breiter sie sind, desto eher spiegeln sich neben progressiven Inhalten auch breit verankerte tradierte Normen z. B. in der Geschlechter- oder in der Rassenfrage wider. Wäre es damals möglich gewesen, diese Normen noch offensiver zu bekämpfen, ohne die Breite dieser Gegenbewegung zu gefährden? Diese Frage kann nur auf dem Hintergrund der jeweiligen Kräfteverhältnisse und der erreichbaren Fortschritte beantwortet werden. Sie muss sich jede breite Gegenbewegung stellen.

### 1938 Höhepunkt und Endpunkt des New Deal

Roosevelt war Gegner einer dauerhaft hohen Staatsverschuldung. Als bis 1936 die Staatsverschuldung stieg, strich die Regierung staatliche Beschäftigungsprogramme und löste damit eine wieder steigende Arbeitslosigkeit und einen Sturm der Entrüstung aus. Seine Regierung hatte zwar bereits 1935 begonnen, die Steuern auf

Unternehmensgewinne, auf Erbschaften, auf hohe Einkommen (hier bis zu 79%) zu erhöhen (S.37). Roosevelts Regierung begann damit eine Umverteilungspolitik, die bis zur neoliberalen Wende in den 80er Jahren hielt. Aber: hätten die Staatsschulden trotz hoher Investitionen damit dauerhaft gesenkt werden können oder hätte sich die Roosevelt-Regierung dauerhaft von ›der Schwarzen Null‹ verabschieden müssen? Diese Frage ist unbeantwortet, denn ab 1938 begann der ›New Deal‹ kaum noch neue Projekte. Seine Dynamik erlahmte. Die Gegner formierten sich immer stärker. Roosevelt verlagerte auch unter dem Eindruck der wachsenden Kriegsgefahr seinen politischen Schwerpunkt auf die Außenpolitik. Hier war er angesichts des in den USA stark verankerten Isolationismus mit noch größerer Gegenwehr konfrontiert, als er sich im Krieg gegen Nazi-Deutschland engagieren wollte. »In gewisser Weise wurde der New Deal dann auf neue Art wiederbelebt: in der Kriegswirtschaft und später im Marshall-Plan [...] insbesondere im Hinblick auf den Wert einer expansiven Finanzpolitik« (Lehdorff S.81).

Hätte der New Deal auch ohne den 2. Weltkrieg fortgeführt werden können? Lehdorff sieht die Dynamik des New Deal auch (!) wegen der Selbstbeschränkung seiner führenden Akteure beendet (S.81). Die Dynamik solcher Prozesse hängt für ihn wesentlich von der Kraft gesellschaftlicher Bewegung und der Konfliktbereitschaft einer Regierung gegenüber der Kapitalmacht ab. Die anfänglichen Erfolge des ›New Deal‹ zeigen, was dann möglich ist. Seine ausgebremste Dynamik ab 1938 zeigt die Gefahr, wenn diese Kräfte erlahmen.

## Was lehrt uns der damalige ›New Deal‹?

Ein Grüner New Deal steht heute vor noch schwierigeren Voraussetzungen: er muss die ökonomisch-gesellschaftlichen Strukturen grundlegender ändern; er muss z.B. den Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen Zwecken und ökologischen Zwängen auflösen (Mahnkopf). Dieser Zielkonflikt existiert nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern liegt auch quer dazu. Überdies wächst der Zeitdruck, der seit Jahrzehnten offensichtlich ist. Es bedarf also eines umfassenden gesellschaftlichen Kippmomentes, der durch eine machtvolle Reformdynamik mit klaren Zielen, mit Mut zu Experimenten und mit Konfliktbereitschaft in Gang gebracht werden muss. Das »Ausbalancieren von planmäßigem Vorgehen und Offenheit in einem hochgradig umkämpften Politikfeld« (Lehndorff S.83) ist aber in der Realität weniger harmonisch als es zunächst klingt. Unsicherheiten auszuhalten und den eigenen Standpunkt korrigieren zu können, ist nicht gerade die Stärke mancher linker Organisationen. Dies war aber eine wesentliche Stärke der rooseveltschen Reformpolitik.

**G**enauso wichtig ist die Kombination einer starken Regierung mit einer breiten Graswurzelbewegung. Lehndorff formuliert es bewusst zugespißt: »Der New Deal wurde nicht [...] von ›unten‹ erzwungen, sondern von ›oben‹ eingeleitet [...] Dies ermutigte vielfältige Graswurzelbewegungen, die dann [...] die Regierung in wichtigen Fragen über ihre ursprünglichen Ziele hinaustrieben.« (S.86) Das setzt ein breites Bündnis voraus, das Unterschiede aushält. Solche Bewegungen müssen auch durch

Teilerfolge ermutigt werden, die wiederum zu weitergehende Forderungen ermutigen. Das wird heute schwieriger. Der New Deal der 30er Jahre konnte die Arbeits- und Lebensbedingungen unmittelbar verbessern. Der heutige ökologische Umbau wird in Bezug auf Erfolge länger brauchen und er wird mit dem Umbau von Produktionsstrukturen auch Besitzstände in wichtigen Branchen gefährden und bisherige Lebensstile in Frage stellen. Die Interessenkonflikte werden z.T. quer zu Klassenkonflikten liegen. Eine breite Gegenbewegung muss deshalb diese unterschiedlichen Interessen respektieren und soziale und ökologische Ziele gleichrangig behandeln. Das ist bisher - wie die Auseinandersetzungen um das Ende der Braunkohle zeigten - nur begrenzt gelungen.

## Gelingt eine ökologische Transformation ohne Überwindung des Kapitalismus?

Für die Beantwortung dieser 1-Million-Dollar-Frage erinnert Lehndorff daran, dass Roosevelt explizit nicht nur die Weltwirtschaftskrise überwinden, sondern auch Kapitalismus und Demokratie retten wollte: »Mein Wunsch ist es, die Revolution zu verhindern [...] Ich arbeite in der entgegengesetzten Richtung zu Rom und Moskau« (S. 89). Die Mäßigung des Privatkapitals durch staatliche Kontrolle im 20. Jahrhundert erforderte zwar harte Konflikte mit Kapitalgruppen, zwang den Kapitalismus insgesamt aber, sich anzupassen und partiell zu stabilisieren. Reicht diese Anpassungsfähigkeit für die ökologische Wende aus? Lehndorff bleibt hier seinem Plädoyer für die Kombination von klaren Zielen und Offenheit bei den einzu-

schlagenden Wegen treu: »Das werden wir [...] wissen, wenn alles durchgesetzt worden ist, was zur Rettung der natürlichen Grundlagen menschlicher Zivilisation erforderlich ist. Aber auch wer den Kapitalismus erhalten will [...], darf nicht vor mächtigen Interessengruppen des Kapitals einknicken« (S.89).

Allen, die sich mit den Risiken und Chancen eines Green New Deal beschäftigen, sei das Buch von Steffen Lehndorff sehr empfohlen. Seine Beschreibung des New Deals zeigt, was an Dynamik möglich war und wieder sein könnte. Es macht Mut. Lehndorff fordert jedoch gleichzeitig dazu auf, jenseits wohlfeiler Werbebanner die Bedingungen für einen echten Green New Deal kritisch zu reflektieren.

**FRANZISKA WIETHOLD** studierte Soziologie und Politologie in Marburg/Lahn war SDS-Mitglied, Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit, von 1972-2005 Gewerkschaftssekretärin beim DGB, dann bei hbv und ver.di.

